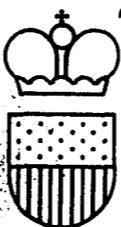


Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Peres verhandlungsbereit

Rom - Der israelische Ministerpräsident Peres hat sich bereit erklärt, zu Verhandlungen über eine Nahost-Friedensregelung in die jordanische Hauptstadt Amman zu reisen. Peres äusserte diese Bereitschaft am Ende eines dreitägigen Besuchs in Rom, bei dem er unter anderem mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi und Papst Johannes Paul strittige Fragen erörtert hatte.

EG-Beitritt Spaniens und Portugals

Brüssel - Der italienische Außenminister und derzeitige EG-Ratsvorsitzende Andreotti hat sich zuversichtlich über die Möglichkeit geäussert, die Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals innerhalb von vier Wochen abzuschliessen. Der EG-Ministerrat will sich nach der erfolglosen Sitzung dieser Woche am 28. Februar erneut mit der Beitrittsfrage befassen.

Israelis stürmten Dorf

Beirut - Israelische Soldaten sind in ein südlibanesisches Dorf eingedrungen, haben Häuser nach Guerrillas durchsucht und rund 200 Dorfbewohner zum Verhör zusammengetrieben. Bei der Operation soll es ein Todesopfer gegeben haben.

Thatcher auf US-Visite

Washington - Die britische Premierministerin Thatcher ist zu Gesprächen mit US-Präsident Reagan in Washington angekommen. Frau Thatcher wollte noch am Mittwoch vor dem amerikanischen Kongress sprechen.

Unglücksursache unklar

Bilbao - Einen Tag nach dem Flugzeugabsturz bei Bilbao in Spanien, bei dem 148 Menschen umkamen, war die Unglücksursache weiter ungeklärt. Inzwischen sind zwei Flugschreiber gefunden worden, die jetzt untersucht werden sollen.

Bonn lenkt beim Katalysator ein

Bonn - Die deutsche Bundesregierung ist trotz gegenteiliger Äusserungen möglicherweise doch zu einem erneuten Einlenken in der innersuropäischen Auseinandersetzung um die Einführung des Katalysators bereit.

Rheinkraftwerke:

Mehrere Einsprachen in Liechtenstein

(pafl) - Das Konzessionsprojekt «Rheinkraftwerke Schweiz/Liechtenstein» wurde bei den Gemeindevertretungen aller liechtensteinischen Gemeinden und bei der Regierungskanzlei in der Zeit vom 15. Januar bis 13. Februar 1985 öffentlich aufgelegt.

Innert der Einsprachefrist sind bei der Regierung von Seiten der Gemeinden und anderen öffentlichrechtlichen Körperschaften, von Vereinen und von privaten Personen mehrere Einsprachen eingegangen. Die Einwände betreffen in der Hauptsache das Grundwasserproblem, die Frage der Beeinträchtigung der Wasserversorgung und Wasserqualität, die Sicherheit der Rheindämme, die Beeinträchtigung des Erholungsraumes und die Auswirkungen auf Fauna und Flora.

Die Regierung entscheidet über die öffentlichrechtlichen Einsprachen. Dagegen ist Beschwerde an die Verwaltungsbeschwerdeinstanz gegeben. Privatrechtliche Einsprachen sind durch das Landgericht zu beurteilen. Die Regierung setzt dem Einsprecher eine Frist von 30 Tagen, innert welcher er ohne vorgängige Vermittlung die Klage anzubringen hat.

Die Öffentlichkeit wird zu gegebener Zeit über den Ausgang des Einspracheverfahrens orientiert werden.

Vor einem bedeutenden innenpolitischen Ereignis!

«Ein Jahr vor der Wahl» lädt die Fortschrittliche Bürgerpartei zu einem Sonderparteitag nach Schaan

Die liechtensteinische Innenpolitik steht vor einem bedeutsamen Ereignis: am kommenden Montag, den 25. Februar findet im Schaaner Resch-Saal ein Sonderparteitag der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) statt. Rund ein Jahr vor den nächsten Landtagswahlen wird an diesem Sonderparteitag der Kandidat nominiert, den die FBP für das Amt des Regierungschefs vorschlagen wird.

Seit der Einführung des Proporzwahl-systems im Jahre 1939, also durch 46 Jahre hindurch, gab es lediglich sechs verschiedene Regierungschefs in Liechtenstein, wovon die FBP deren vier stellte. Von 1939 bis 1945 bekleidete Dr. Josef Hoop das höchste Amt im Staate, das 1945 dann an Alexander Frick überging. Ihm folgte 1962 Dr. Gerard Batliner nach. Von 1970 bis 1974 stellte die VU in der Person von Dr. Alfred Hilbe den Regierungschef. 1974 fiel es nach einem spektakulären Wahlsieg wieder an die FBP. Es war Dr. Walter Kieber, der die folgenden vier Jahre dem Amt des Regierungschefs im In- und Ausland höchstes Ansehen verlieh. 1978 ging die Parlamentsmehrheit aus wahrarithmetischen Gründen wieder an die VU über, die Hans Brunhart zum Regierungschef nominierte. Hans Brunhart wird der Regierung im Jahre 1986 vor den nächsten Wahlen insgesamt 12 Jahre angehört haben, davon vier (von 1974 bis 1978) als Vizeregierungschef.

Regierungsverantwortung seit 1928

Die FBP trägt seit 1928 ohne Unterbruch Regierungsverantwortung in Liechtenstein. Ab 1928 trug sie die alleinige Verantwortung in der Regierung und stellte in der Person von Dr. Josef

Hoop den Regierungschef. Unter dem Druck der aussen- und innenpolitischen Ereignisse (Nationalsozialismus) wurde unserem Lande 1939 das Proporzwahlrecht aufgezwungen und die Vaterländische Union aus Gründen der inneren politischen Sicherheit als Minderheitspartner in die Regierungsverantwortung mit-engebunden.

Die FBP blieb auch nach ihrer Wahlniederlage im Jahre 1970 in der Regierung. Dr. Walter Kieber, der damals das Amt des Vizechefs übernahm, um dann 1974 Regierungschef zu werden, blieb der Regierung als erster, vollamtlicher Mandatsträger auch nach der Wahlniederlage der FBP im Jahre 1978 treu und gab sich mit dem Amt des Vizeregierungschefs zufrieden.

1980 portierte die FBP den langjährigen Vaduzer Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Hilmar Ospelt zum Nachfolger Dr. Kiebers im Amt des Regierungschef-Stellvertreters. Hilmar Ospelt kandidierte 1984 für das Amt des Regierungschefs. Obwohl die FBP ihr Wahlziel verfehlte, erklärte sich auch Hilmar Ospelt bereit, weiterhin Regierungsverantwortung mitzutragen. Gemeinsam mit Regierungsrat Anton Gerner arbeitet er seit 1982 erneut in der VU-Mehrheitsregierung mit.

Frühzeitige Weichenstellung

Bereits im vergangenen Jahr gab Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt vor einem FBP-Parteitag bekannt, dass er im Jahre 1986 auf eine neue Kandidatur für das Amt des Regierungschefs verzichten werde. Seinen Parteifreunden überband er damit frühzeitig den Auftrag Ausschau nach einem geeigneten Kandi-

daten als Nachfolger zu halten. Die Weichen waren damit frühzeitig gestellt.

Ein bedeutendes, politisches Ereignis

Nach Dr. Josef Hoop, Alexander Frick, Dr. Gerard Batliner, Dr. Walter Kieber und Hilmar Ospelt wird die FBP am kommenden Montag also erst ihren sechsten Regierungschef-Kandidaten seit dem Jahre 1928 nominieren. Was sich am kommenden Montag abend im Resch-Saal in Schaan abspielt, ist also in jeder Beziehung ein bedeutsames Ereignis: für die FBP, für unsere Politik und für die liechtensteinische Demokratie.

Jahr der Jugend

Die Vereinten Nationen (UNO) haben 1985 zum «Jahr der Jugend» gewählt. Dies gibt auch für uns den Anlass zur Frage: «Wie ist die Jugend 1985 im Fürstentum Liechtenstein?» Auf Seite 3 finden Sie das Porträt einer Jugendlichen, als Auftakt zu einer in unregelmässigen Abständen erscheinenden Serie über die Jugend in unserem Land. Die Serie soll zum Ausdruck bringen, dass es sich bei der Jugend um einzelne Persönlichkeiten handelt, die recht verschieden sind, obwohl sie der gleichen Generation angehören.

Strauss nennt deutsche Frage offen

Parteien begingen den politischen Aschermittwoch in Niederbayern

(AP) Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauss hat am Mittwoch die demokratischen Parteien der Bundesrepublik zu mehr Konsens und Gemeinsamkeit aufgefordert. Beim traditionellen politischen Aschermittwoch in Passau äusserte er ferner die Überzeugung, dass es in Europa keinen Krieg mehr geben werde, und bezeichnete die deutsche Frage als offen. Auch prominente Politiker von SPD, FDP und Grünen fanden sich zum Aschermittwoch in Niederbayern ein, wobei der bayerische sozialdemokratische Landesvorsitzende Helmut Rothmund den Vorsitzenden der CSU als «zahnlosen Löwen» bezeichnete und die Bundesregierung attackierte.

Vor mehr als 8000 begeisterten Anhängern betonte Strauss in der Passauer Ni-

belungenhalle, dass heute und morgen in der Welt die freiheitlichen Systeme jedem anderen überlegen seien. Nur in einem freiheitlichen Staat könnten Wissenschaft und Technik die Leistungen vollbringen, die den Fortschritt sicherstellten. Er schloss seine zweieinhalbstündige Rede mit dem Satz, die Sowjetunion wolle Westeuropa nicht angreifen, sie könne mit ihrem System wissenschaftlich nicht Schritt halten und schon gar nicht gleichziehen.

Strauss erinnerte an seinen früheren Ausspruch, dass die Bayern bereit seien, «wenn es die Geschichte erfordert, notfalls die letzten Preussen zu sein». Er sagte das ausdrücklich in bezug auf die deutsche Frage, für die CSU sei die deutsche Frage offen. Wer sie nicht für offen halte, fügte er an die Adresse der SPD hinzu, der versündige sich am Selbstbestimmungsrecht der Völker und an den Grundrechten der Menschen in einem modernen Staat.

Warnung vor «Gegenwartsheulern»

Mit heftigen Angriffen auf die SPD und Grüne bekräftigte Strauss zu Beginn seiner Rede die Entschlossenheit der Union, rot-grüne Bündnisse zu verhindern und den «Fortschritt in Frieden und Freiheit» zu sichern. Er bezeichnete es als absolut unbefriedigend, dass es zur Zeit zur Koalition der Union mit der FDP oder zu einer Alleinregierung der Union, die eine absolute Mehrheit erreichen könne, keine Alternative gebe. Die SPD sei nicht koalitionsfähig, solange sie sich nicht zur demokratischen Mitte zurückentwickle. Besonders scharf ging Strauss mit den Grünen ins Gericht, deren Ziel der Umsturz des Staates, eine andere Republik und eine andere gesellschaftliche Ordnung seien. Er warnte die Jugend davor, sich von «Gegenwartsheulern» und Angstmachern verführen und Furcht einjagen zu lassen.

Als wichtige Aufgaben der kommenden beiden Regierungsjahre in Bonn nannte Strauss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und strukturelle Anpassungen, ferner die Bekämpfung des Terrorismus sowie die Neuregelung des Asylantenrechts. Mit grossem Nachdruck forderte er erneut ein strafrechtliches Vermummungsverbot für Demonstranten und eine Beschränkung der Asylantenaufnahme.

Im vollbesetzten Wolferstetter Keller in Vilshofen sagte der SPD-Landesvorsitzende Rothmund, Strauss sei ein «zahnloser Löwe», dessen Zeit zu Ende gehe. Der Ministerpräsident Bayerns sei der «am meisten überschätzte Politiker» in der Bundesrepublik. «Nur weil einer brüllt, muss er noch lange nicht beißen. Der Strauss schafft doch noch nicht mal den Kohl», rief der sozialdemokratische Landesvorsitzende unter starkem Beifall aus.

Der bayerische SPD-Vorsitzende sagte weiter, die Bundesregierung sei «Weltmeister in Pannen, Dumheiten und Fehlern». Der von Kanzler Helmut Kohl geprägte Begriff des Aussitzens von Problemen sei der «Triumph des Hinterteils über den Kopf».

Bis 1995 dreiprozentiges Wirtschaftswachstum

Prognos veröffentlicht die Vorhersagen für 18 Industriestaaten

Basel (AP) Bis 1995 erwartet das Europäische Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung (Prognos) in Basel ein günstiges Rahmenbedingungen ein Wirtschaftswachstum von jährlich annähernd drei Prozent für die 18 wichtigsten westlichen Industriestaaten. Das Institut veranschlagt in seinem heute Donnerstag veröffentlichten «euro report 1985» für die europäischen Staaten eine durchschnittliche Wachstumsrate von knapp 2,5 Prozent. Die Prognose umfasst die zehn Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie die wichtigsten anderen europäischen Staaten, die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan.

Die Wachstumschancen der einzelnen europäischen Länder werden unterschiedlich bewertet. Sie reichen von Wachstumsraten um 1,8 Prozent pro Jahr für die Schweiz und Belgien bis zu knapp vier Prozent pro Jahr für Irland und Griechenland. Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit rund 2,5 Prozent im Mittelfeld.

Der Welthandel werde in der Zeit von 1983 bis 1995 mit Jahresraten von 4,7 Prozent zunehmen, wird in dem Bericht weiter vorausgesagt. Der Export der in der europäischen Organisation für Handel und Entwicklung (OECD) expandierende «im Gleichschritt mit dem Welthandel», während die Importe etwas langsamer zunehmen. Das Handelsbilanzdefizit stabilisiere sich jedoch bis 1995 wegen eines stärkeren Anstiegs der Importe gegenüber den Exportpreisen (ungünstiger Term-of-Trade-Effekt).

Verschärfte Arbeitslosigkeit

Voraussetzungen für ein Wachstum in der erwarteten Höhe sind laut Prognos weitere Erfolge bei der Umstellung der Industrie auf technologieintensive, zugleich umwelt- und ressourcenschonende Produkte und Produktionsverfahren. Ferner seien ein Festhalten an der Inflationsbekämpfung in den USA und in Eu-

ropa sowie eine zurückhaltende Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände nötig.

Gefahren für die Weltwirtschaft sehen die Basler Forscher bei einer schleppenden Behandlung der Probleme der Entwicklungsländer. Auch ein anhaltender Höhenflug des Dollars sei gefährlich. Die zu hoch bewertete US-Währung verführe europäische Industrien dazu, sich in scheinbar prosperierenden Exportmärkten zu engagieren, die bei einer Änderung der Wechselkurse sehr schnell wieder zusammenbrechen könnten. Die Prognos-Forscher erwarten indessen nicht, dass die gegenwärtig auf 20 bis 30 Prozent veranschlagte Überbewertung des Dollars mittelfristig Bestand hat.

Laut Prognos-euro-report verschärfen sich die Probleme mit der Arbeitslosigkeit in Europa «allen Ankündigungen der Politiker zum Trotz» bis in die 90er Jahre. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich al-

lein im EG-Raum bis 1995 um weitere 2,5 Millionen erhöhen. In den Nicht-EG-Staaten wird ebenfalls eine starke Zunahme erwartet, besonders stark in den USA und in Kanada mit jährlich 1,6 beziehungsweise einem Prozent pro Jahr.

Franken abgeschwächt im Aufwind

Bei den von Prognos projizierten Wechselkursen dürften bis 1989 vor allem die Valuten Japans, der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs eine Aufwertung erfahren. Frankreich, Griechenland, Irland und Italien sowie Spanien und die skandinavischen Staaten werden Abwertungen zu verzeichnen haben. Bis 1995 ist nach Prognos keine Tendenzänderung zu erwarten. Der Schweizer Franken bleibt abgeschwächt im Aufwind und dürfte gegenüber der D-Mark etwas an Wert verlieren.

Irland sperrt IRA-Millionenkonto

Dublin (AP) Der Oberste Gerichtshof Irlands hat am Mittwoch die Kontrolle über ein Millionenguthaben auf einer Dubliner Bank übernommen, das der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) gehören und aus Banküberfällen, Entführungen und Erpressungen stammen soll. Die Sperrung des Guthabens war möglich geworden, nachdem das irische Parlament am Dienstag im Eilverfahren ein entsprechendes Gesetz verabschiedet und Staatspräsident Patrick Hillery es sogleich unterzeichnet hatte.

Ein Sprecher der kontoführenden Bank of Ireland teilte mit, das Geldinstitut überstelle dem Gerichtshof 1,75 Millionen Irische Pfund (umgerechnet rund 4,6 Millionen Franken). In Dubliner Presseberichten war das Guthaben auf eine bis zehn Millionen Pfund geschätzt worden. Ob dem Gerichtshof bereits die

gesamte Summe oder zunächst nur ein Teil überstellt wurde, war zunächst nicht bekannt.

Der irische Justizminister Michael Noonan hatte am Dienstag erklärt, die Regierung habe verhindern wollen, dass das Geld der IRA zuflüsse, damit sie ihren «Feldzug von Mord und Zerstörung» fortsetzen könne. Geheimdienstkenntnisse deuteten darauf hin, dass das Geld in Kürze hätte abgehoben werden sollen. Näheres teilte Noonan nicht mit.

Der britischen Nachrichtenagentur Press Association zufolge soll die IRA im Begriff gewesen sein, ein riesiges Waffengeschäft mit Geld zu finanzieren, das aus Schutzgelderpressungen in internationalem Umfang stammt. Dem Vernehmen nach soll es von einem Konto in Boston über die Schweiz nach Nordirland transferiert worden sein.